Beantwortung durch den Regierungsrat

Motion von Landrat Dr. Walter Brücker, Altdorf, betreffend Erarbeitung eines Schutz- und Nutzungskonzeptes Vierwaldstättersee, Teil Urnersee

Herr Präsident

Meine Damen und Herren

Am 9. November 1992 haben Landrat Dr. Walter Brücker, Altdorf, und 17 Mitunterzeichner eine Motion eingereicht und gestützt auf Artikel 70 des Landratsreglementes den Regierungsrat aufgefordert, für den Vierwaldstättersee, Teil Urnersee, ein Schutz- und Nutzungskonzept auszuarbeiten. Die Begründung erfolgte am 16. Dezember 1992.

Ich bin bereit, Ihnen, Herr Präsident, meine Damen und Herren, im Namen des Regierungsrates die Motion zu beantworten.

Der Motionär weist darauf hin, dass der Urnersee ein wichtiges Naherholungsgebiet für die Urner Bevölkerung darstellt. Darüber hinaus ist die Landschaft um den Urnersee das wichtigste Kapital für den Tourismus. Gerade beim Vierwaldstättersee sieht man besonders gut, dass Schutz und Erhaltung des Lebensraumes die Basis für die touristische Nutzung darstellen. Der ganze Vierwaldstättersee mit angrenzendem Ufer ist im Bundesinventar der Landschaften von nationaler Bedeutung aufgeführt.

Im Bundesgesetz Über die Raumplanung sind der Kanton und die Gemeinden verpflichtet, die nötigen Planungen zu erarbeiten und aufeinander abzustimmen. Sie bestimmen in den Grundzügen, wie sich ihr Gebiet räumlich entwickeln soll und berücksichtigen die bestehenden Planungen. Der Motionär fordert den Regierungsrat auf, für den Urnersee ein Schutz- und Nutzungskonzept auszuarbeiten, das heisst, die bestehenden Grundlagen und Planungen zusammenzutragen, die Leitlinien und Grundsätze der künftigen Entwicklung zu formulieren, einen Konzeptplan mit der räumlichen Zuordnung der Schutz- und Nutzungsansprüche und deren gegenseitige Abstimmung sowie Empfehlungen zur Umsetzung des Konzeptes zu erarbeiten. Dieses Schutz- und Nutzungskonzept soll notwendige Verfeinerungen und Zusätze zum kantonalen Richtplan bringen.

Der bestehende Richtplan Uri und das Entwicklungskonzept bilden zwar einen Gesamtrahmen, welcher teilweise zu verfeinern ist, andererseits aber in verschiedenen Teilen bereits mit Massnahmen umgesetzt werden konnte.

Die regierungsrätliche Aufsichtskommission Vierwaldstättersee hat bereits 1989 ein Nutzungs- und Schutzkonzept für den Vierwaldstättersee mit dem Teilbereich Private Schifffahrt erarbeitet. Im Januar 1993 wurden darauf aufbauend Richtlinien für die Nutzung durch die Schifffahrt ausgearbeitet. Mit diesen ergänzenden Regelungen im Bereich Schifffahrt wird erreicht, dass Nutzungskonflikte gemindert und auch künftig Nutzungsansprüche wie Trinkwasserversorgung, Erholungsraum, Tourismus, Fischerei, Natur- und Landschaftsschutz gegenüber der Nutzung durch die Schifffahrt sichergestellt werden können. Gemäss Ziffer 4.4 dieser Richtlinien sollen die Kantone Seeuferkonzepte erarbeiten, in denen alle Schutz- und Nutzungsansprüche an die Uferzone unter der Berücksichtigung der ökologischen Belastbarkeit von Ufer und See geregelt werden. Der Regierungsrat hat mit Beschluss Nr. 658 vom 16. August 1993 diese "Richtlinien für die Nutzung durch die Schifffahrt" des Nutzungs- und Schutzkonzeptes für den Vierwaldstättersee vom Januar 1993 als verbindlich erklärt. Die zuständigen kantonalen Behörden wurden beauftragt, die erwähnten Richtlinien in ihrem Kompetenzbereich zu vollziehen und die erforderlichen Massnahmen in die Wege zu leiten. Daneben darf zum Beispiel auch an das Gesetz über das Reussdelta samt seinem Schutzreglement und an den Landschaftsschutzplan erinnert werden.

Das angesprochene Schutz- und Nutzungskonzept Urnersee stellt nach Meinung des Regierungsrates eine zweckmässige Ergänzung zum Nutzungskonzept Vierwaldstättersee, Teilbereich Private Schifffahrt dar, das der Regierungsrat mit

Beschluss Nr. 151 vom 25. Februar 1991 genehmigt hat. Der Regierungsrat unterstützt in diesem Sinne die Absicht des Motionärs, ein Schutz- und Nutzungskonzept auszuarbeiten, welches die notwendigen Verfeinerungen und Zusätze zum kantonalen Richtplan bringt.

Ansatzpunkt der vorliegenden Motion sind schwergewichtige Interessen des Landschaftsschutzes und Massnahmen im Bereich des kantonalen Richtplanes. Der Erlass des Richtplanes oder Änderung dessen fallen jedoch nach kantonalem Baugesetz in den Kompetenzbereich des Regierungsrates. Gemäss geltendem kantonalem Recht fallen die anvisierten Massnahmen damit nicht in den Kompetenzbereich des Landrates, sondern in denjenigen des Regierungsrates.

Deshalb, und weil die ergriffenen und geplanten Massnahmen des Regierungsrates durchaus die gleichen Ziele verfolgt wie die Motion, empfiehlt der Regierungsrat, die vorliegende Motion nicht erheblich zu erklären. Der Regierungsrat ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

6460 Altdorf, 6. September 1993

Ambros Gisler

Volkswirtschaftsdirektor